



Fachkommission für Frieden und Sicherheit / Einladung – Invitation

Liebe Mitglieder der Fachkommission für Frieden und Sicherheit

Ich lade Euch im Namen unserer Präsidentin NR Priska Seiler herzlich zur nächsten Sitzung der Fachkommission für Frieden und Sicherheit der SP Schweiz ein. Wir treffen uns am

Dienstag, 25. Sept. 2018, 18.15 – 20.15 Uhr
Bern, Bundeshaus, Zimmer 2

Achtung: Bitte diese Einladung und einen Pass oder ID mitbringen,
Eingang Bundesterrasse benutzen und dort vorweisen

Traktanden

1. Begrüssung, Traktandenliste, Protokoll der letzten Sitzung (liegt bei)

2. Wie die Armeebestände steuern? Die „Stellschrauben“ zur Sicherung der personellen Alimentierung der Armee

Einführung:

Brigadier Markus Rihs, VBS, Kommando Ausbildung, Chef Personelles der Armee

Der Bundesrat will mit [sieben Massnahmen](#) die Zulassungen zum Zivildienst „substantiell senken“, damit „die Alimentierung der Armee langfristig gesichert ist“. Wir fragen in der Fachkommission danach, wie sich die Armeebestände in den letzten Jahren entwickelt haben und welche „Stellschrauben“ es gibt, um die personelle Alimentierung der Armee zu sichern.

Die aktuelle Armee XXI umfasst laut [Armeeorganisation Artikel 5](#) „höchstens“ 120 000 Angehörige der Armee (AdA). Mit dem [Planungsbeschluss zum Armeebericht 2010](#) vom 29. September 2011 gab das Parlament in Artikel II.b den Grundsatz vor: „Die Armee verfügt zur Erfüllung ihrer Aufträge über einen Sollbestand von 100 000 Militärdienstpflichtigen“, also 20 000 AdA weniger. Laut [AO Art. 1](#) verfügt sie nach Weiterentwicklung der Armee (WEA) aber über „einen Effektivbestand von höchstens 140 000 Militärdienstpflichtigen“, also 20 000 mehr als die Armee XXI. Bloss: was heisst „höchstens“? Ist ein Höchstwert ein Zielwert? Oder wäre ein Effektivbestand von 120 000 (also gleich viel wie die aktive Armee XXI) zulässig? Immerhin hat der Bundesrat seinerzeit eine „Halbierung“ der Armee versprochen...

Zudem gäbe es eine andere Stellschraube, um den Höchstbestand von 140 000 AdA ohne Druck auf den Zivildienst zu erreichen: Laut [Artikel 13 Absatz 2 Militärgesetz](#) kann der Bundesrat „zur Steuerung des Bestandes der Armee die Altersgrenzen um höchstens fünf Jahre herabsetzen“. Der Bundesrat hat von dieser Kompetenz Gebrauch gemacht und die Altersgrenze in [Art. 19 der Verordnung über die Militärdienstpflicht](#) um zwei Jahre von zwölf auf zehn Jahre herabgesetzt. Das leuchtet nicht ein, wenn die Armee gleichzeitig behauptet, es gebe Bestandesproblemen. Diese wären gelöst, wenn die Militärdienstpflicht – wie in [Art. 13 Abs. 1 Bst. a MG](#) vorgesehen – „für Angehörige der Mannschaft und für Unteroffiziere bis zum Ende des zwölften Jahres nach Abschluss der Rekrutenschule“ dauern würde.

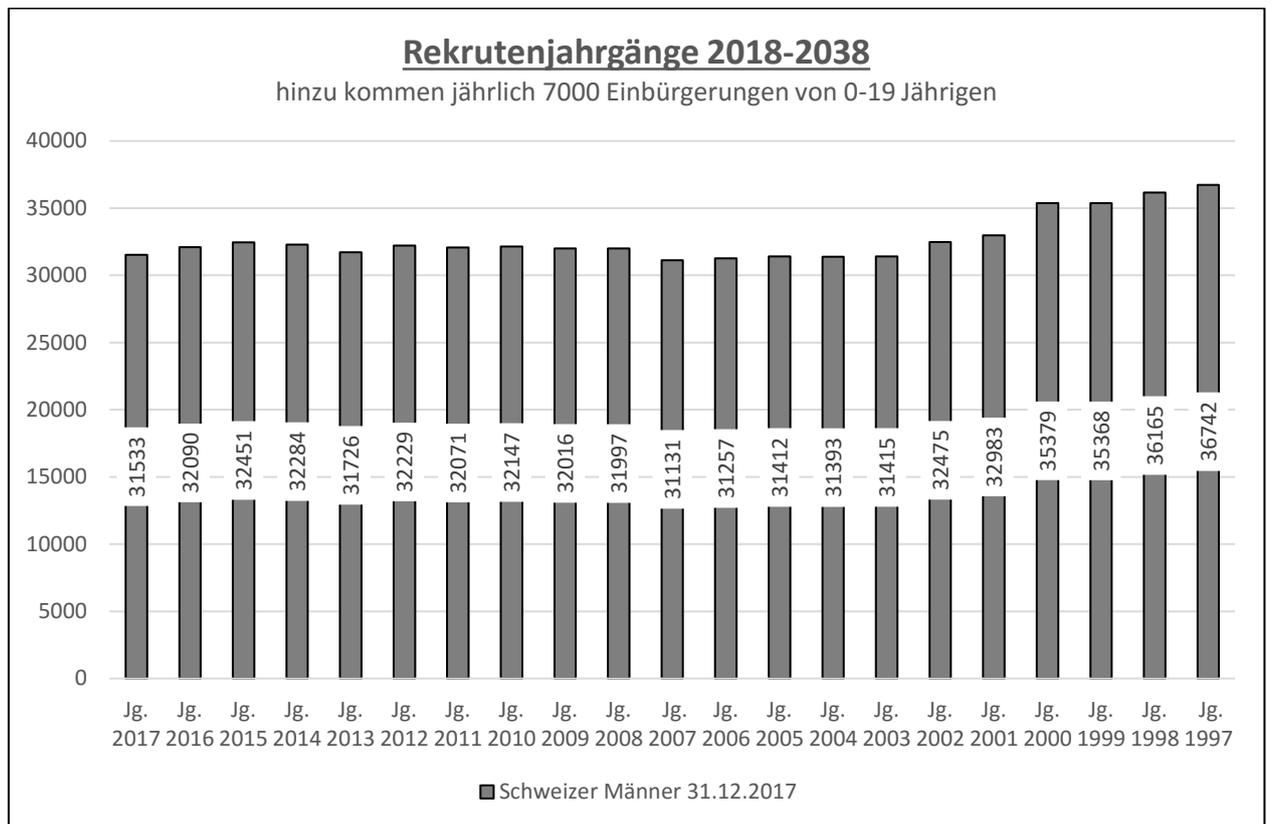
Eine Verlängerung der Militärdienstpflicht von heute zehn Jahren auf z.B. elf Jahre hätte für die Betroffenen praktisch keine Folgen. An der Anzahl der zu leistenden WK und Dienstage würde sich ja nichts ändern. Auf einen Schlag wäre aber die Armee alle ihre so genannten Bestandesprobleme los.

Zahlreiche Faktoren beeinflussen die Bestände: die Stärke der Jahrgänge, Höhe der Einbürgerungsquote, je nach Kanton divergierende Tauglichkeitsquoten, eine differenzierte Tauglichkeit für AdA, die geistig fit, körperlich aber als Grenadiere ungeeignet sind, sowie ein *diversity management*, um der Diskriminierung von Schwulen und Personen mit Migrationshintergrund entgegenzuwirken.

3. Nächste Sitzung

Jeweils am dritten Dienstag der Session von 18.15 – 20.15 Uhr. Nächstes Mal: **11. Dezember 2018**

Mit besten Grüßen Peter Hug



Auszug den zehn Thesen der SP Fraktion zur Sicherheitspolitik der Schweiz:

(siehe [Thesen deutsch](#) / [Konzeptpapier 8.2.4](#) – les dix [thèses en français](#) / [concept 8.2.4](#))

Mehr Effizienz und Effektivität im Militär, um Mittel für wirksamere Investitionen in unsere Sicherheit freizusetzen

Die „Weiterentwicklung der Armee“ (WEA) hat die aktive Armee von 120 000 auf 140 000 Angehörige vergrössert. Ein Massen-Infanterieheer ist aber ungeeignet, um die skizzierten militärischen Herausforderungen in hybriden Konfliktsituationen zu meistern. Die Armee muss auf höchstens 60 000 Angehörige verkleinert, die Betriebskosten massiv gesenkt und die Investitionen in zukunftsgerichtetes Material gelenkt werden. Statt Folklore und Schule der Nation sind Professionalität, Effizienz und Effektivität gefragt. Die Schweizer Armee muss im aktuellen Aufbau einer europäischen Verteidigungspolitik eine Rolle finden und die militärische Friedensförderung deutlich ausbauen, indem diese zu einem strukturbildenden Element wird. Die Nutzung der FA-18 soll über 2035 hinaus verlängert werden, bevor über das ordentliche Budget ein Ersatzflugzeug beschafft wird. So können die Armeeausgaben auf 4 Milliarden pro Jahr begrenzt werden. 2014 waren es 4.1 Milliarden. Die im Finanzplan vorgesehenen 5.26 Milliarden per 2021 sind viel zu hoch.

Accroître l'efficience et l'efficacité des forces armées, afin de libérer des ressources permettant d'investir plus efficacement dans notre sécurité

Le « développement de l'armée » (DEVA) a fait passer l'armée active de 120 000 à 140 000 membres. Cependant, des forces d'infanterie de masse ne sont pas aptes à maîtriser les défis militaires esquissés dans les situations de conflit hybrides. L'armée doit être réduite à un maximum de 60 000 membres, les coûts de fonctionnement doivent être abaissés massivement et les investissements doivent servir à acquérir du matériel tourné vers l'avenir. Au lieu de folklore et d'une école de la nation, il faut du professionnalisme, de l'efficience et de l'efficacité. L'armée suisse doit trouver un rôle dans la construction actuelle d'une politique européenne de défense et développer considérablement la promotion militaire de la paix en en faisant un élément structurant. L'utilisation des FA-18 doit être prolongée au-delà de 2035. Seulement après un avion de remplacement devrait être acheté via le budget ordinaire. Ainsi, les dépenses militaires peuvent être limitées à 4 milliards par an. En 2014, elles étaient de 4,1 milliards. Le plan financier de 5,26 milliards pour 2021 est beaucoup trop élevé.